

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

Chiemseehof

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

(0662) 41561 Durchwahl

Datum

wie umstehend

2428

- 4. APR. 1985

Betreff

wie umstehend

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung
Landhaus
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung
Arnulfplatz 1
9020 Klagenfurt
3. das Amt der Nö. Landesregierung
Herrengasse 9
1014 Wien
4. das Amt der Oö. Landesregierung
Klosterstraße 7
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Hofgasse
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung
Maria-Theresien-Straße 43
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung
Lichtenfelsgasse 2
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Nö. Landesregierung
Schenkenstraße 4
1010 Wien
10. das Präsidium des Nationalrates
Parlament
Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

18 ENTWURF
GE/1985

Datum: 9. APR. 1985
Verteilt: 9. APR. 1985
Störner
St. Baur

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Dr. Edelmayer
Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

An das
Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Sport

Minoritenplatz 5
1014 Wien

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)
0/1-71/403-1985

Chiemseehof
☎ (0662) 41561 Durchwahl Datum
2428/Dr. Hammertinger 4.4.1985

Betreff
Entwurf einer 8. Schulorganisationsgesetz-
Novelle; Stellungnahme
Bzg.: Do. Z1. 12.690/3-III/2/85

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf
nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

Grundsätzlich wird angeregt, die Klassenschülerhöchstzahl auch
für die berufsbildenden Pflichtschulen (Berufsschulen) mit 30
festzusetzen, wie dies bereits für die Hauptschule und den Poly-
technischen Lehrgang vorgesehen ist.

Zu einzelnen Bestimmungen des Entwurfs wird bemerkt:

Zu Z. 2 (§ 8a Abs. 3):

Hier sollte sichergestellt werden, daß das Fach "Englisch" im
zweiten Klassenzug ohne zahlenmäßige Beschränkung auslaufend
geführt werden kann.

Außerdem sollte als Minimum von Anmeldungen für die Abhaltung
eines alternativen Pflichtgegenstandes, eines Freigegegenstandes
und einer unverbindlichen Übung sowie bei Fremdsprachen und Haus-
wirtschaft die Zahl 10 festgelegt werden.

- 2 -

Zu Z. 3 (§ 21 Abs. 1 und 2):

Im Abs. 2 sollte normiert werden, daß an Hauptschulen in jeder Schulstufe die Möglichkeit besteht, daß bei nur einer Klasse ab 21 Schülern drei Schülergruppen vorgesehen werden können.

Zu Z. 8 (§ 33 Abs. 3):

Die Schülerzahl, bei welcher der Unterricht in Schülergruppen zu erteilen ist, sollte für den Unterricht in Maschinschreiben mit 20, in Werkerziehung mit 18 und in Hauswirtschaft und Kinderpflege mit 14 festgesetzt werden.

Zu Z. 9 (§ 39 Abs. 2):

Der Gegenstand "Informatik" sollte jedenfalls nicht als verbindliche Übung, sondern als Pflichtgegenstand vorgesehen werden.

Zu Z. 11 (§ 43):

Bedingt durch die Neuordnung der Klassenschülerzahlen sollten auch die Teilungszahlen auf unter 30 abgesenkt werden. Außerdem sollten in Abschlußklassen Teilungen aufrecht bleiben, sofern die Klassenschülerzahl nicht unter 20 absinkt.

Zu Z. 13 (§ 68):

Es wird angeregt, für die Externisten der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik eine Eignungsprüfung vorzusehen.

Zu Z. 22 (§ 120 Abs. 5):

Die hier normierte Verordnungsermächtigung sollte sich nur auf die Ausbildung von Lehrerinnen für Werkerziehung und Lehrer für Leibesübungen zu Hauptschullehrern erstrecken.

Zu Z. 23 (§ 131c):

Die Einrichtung von Vorbereitungslehrgängen sollte schon ab dem Schuljahr 1985/86 möglich sein.

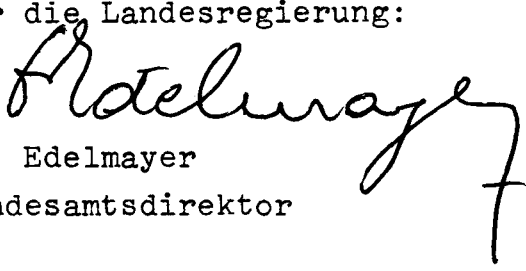
- 3 -

Außerdem wären in Abs. 2 Z. 2 die Gegenstände "Deutsch", "Mathematik" und "lebende Fremdsprache" als Pflichtgegenstände und nicht als alternative Pflichtgegenstände vorzusehen.

Im Art. IV sollte festgelegt werden, daß Art. I Z. 16 bis 18 und 23 schon mit 1. September 1985 in Kraft treten.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die aus dem Land Salzburg entsendeten Mitglieder des Bundesrates, an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:


Dr. Edelmayer
Landesamtsdirektor